



Niedersachsen

FMGZ vor Schließung

Seit acht Jahren bietet das Frauen-Mädchen-Gesundheitszentrum (FMGZ) in der Region Hannover ein ganz besonderes Beratungsangebot für Frauen und Mädchen.

Jetzt hat die Region entschieden, der Einrichtung keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Zur Begründung heißt es, das Beratungsangebot werde bereits durch die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) abgedeckt. Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. als Träger der UPD sieht diese Pläne kritisch. „Die Angebote von FMGZ und UPD sind keineswegs deckungsgleich“, betont Katja Krüger, SoVD-Landesfrauensprecherin. Das FMGZ biete spezialisierte und geschlechterspezifische Beratung, die sich in erster Linie auf die Prävention und Behandlung weiblicher Krebserkrankungen – wie etwa Brust- und Gebärmutterhalskrebs – konzentriere. „Die Beratung des FMGZ hat die geschlechterspezifischen Aspekte von Erkrankungen im Blick und ist deshalb unverzichtbar für die rund 600.000 Mädchen und Frauen in der Region“, erläutert Krüger weiter. Das Beratungsangebot der UPD hingegen ist breiter gefasst. Die UPD versteht sich als Lotse im Gesundheitswesen.

Das FMGZ ist die einzige Beratungsstelle ihrer Art in ganz Niedersachsen. Neben Krebserkrankungen stehen psychosoziale Erkrankungen mit typischen weiblichen Einflussfaktoren im Fokus. Zu diesen Themen bietet das Zentrum in Hannover kostenlose Gesundheitssprechstunden an. Darüber hinaus gibt es spezielle Informationen für Mädchen, Seniorinnen und Migrantinnen sowie vielfältige Veranstaltungen und eine umfassende Infothek.

„Wir hoffen, dass die im hannoverschen Regionsparlament vertretenen Fraktionen doch noch einen Konsens finden und die wertvolle Arbeit des Zentrums auch zukünftig sichergestellt werden kann. Schließlich handelt es sich um ein einmaliges Angebot in ganz Niedersachsen“, sagt die niedersächsische SoVD-Landesfrauensprecherin.

Weitere Informationen zum Frauen-Mädchen-Gesundheitszentrum in Hannover gibt es im Internet unter www.fmgz-hannover.de, telefonisch (0511/ 3 00 45 46) sowie per E-Mail (info@fmgz-hannover.de).



Niedersachsen

Gerechtigkeit für Jung und Alt

Die Deutschen werden immer älter. So wird sich nach Prognosen des Niedersächsischen Sozialministeriums die Zahl der Älteren ab 60 Jahren in Niedersachsen von derzeit knapp zwei Millionen auf 2,6 Millionen im Jahr 2050 erhöhen.

Doch wie kann man auch zukünftig ein gerechtes Leben für alle Menschen – gleich welchen Alters oder welcher gesellschaftlichen Schicht – sicherstellen? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Initiative „Für ein generationengerechtes Leben in Stadt und Land“, das der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (Landesbezirk Niedersachsen-Bremen) und den niedersächsischen Fraktionen der SPD, der Linken und den Grünen gegründet hat. Im Fokus steht dabei die Forderung, eine entsprechende Infrastruktur in allen Regionen und für alle Bürger zu schaffen.

Insbesondere in Niedersachsen ist die Entwicklung der Altersstruktur durch starke regionale Unterschiede gekennzeichnet. So zählt beispielsweise der Landkreis Osterode zu den „ältesten“ in ganz Deutschland, während der Landkreis Cloppenburg im Bundesdurchschnitt die höchste Geburtenrate aufweist. Nach Auffassung der Initiative müssen diese regionalen Unter-



Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in ganz Niedersachsen – dafür macht sich die Initiative „Für ein generationengerechtes Leben in Stadt und Land“ stark.

schiede durch verschiedene Maßnahmen aufgefangen werden, damit auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Versorgungsstruktur sichergestellt werden kann. Voraussetzung dafür ist eine verbindliche Förderung der Infrastruktur.

Für den Sommer dieses Jahres plant die Allianz einen Kongress, der sich schwerpunktmäßig mit diesen Themenberei-

chen auseinandersetzt. Bei der Veranstaltung wird es sowohl Fach- als auch Impulsreferate geben. Die anschließende Diskussion soll Perspektiven aufzeigen, wie die Politik sich dem Thema der Generationengerechtigkeit annehmen kann. Außerdem bildet der Kongress den Auftakt für verschiedene weitere Aktionen in Niedersachsen.



Niedersachsen

Was beim Zahnersatz beachtet werden sollte

Egal, ob Brücke oder Krone: Die gesetzlichen Krankenkassen zahlen für diesen Zahnersatz nur einen Festzuschuss. Gehen die Kosten darüber hinaus, muss der Patient sie selbst tragen. Das gilt auch für Implantate, da es sich dabei in der Regel nicht um eine Kassenleistung handelt. Der Betroffene erhält ebenfalls nur einen festgelegten Betrag von seiner Krankenkasse.

Insgesamt entscheiden sich immer mehr Menschen für einen festsitzenden Zahnersatz. Daraus ergeben sich dann entsprechende Kosten, die vom Patienten getragen werden müssen. Die hannoversche Beratungsstelle der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) verzeichnet in letzter Zeit vermehrt Anfragen von Patienten, die durch zweifelhafte Praktiken eines Implantologen aus Hannover in große finanzielle Nöte geraten sind. „In diesen Fällen sind die Betroffenen alle dazu gedrängt worden, privatärztliche Vereinbarungen zu unterschreiben, ohne sich dabei der Auswirkungen bewusst zu sein. Diese Vereinbarungen beinhalteten unklare

Vertragsmodalitäten, nicht nachvollziehbare Kosten und einen völlig intransparenten Dschungel von Gebühren, Positionen und Paragrafen“, erzählt Elke Gravert, Leiterin der UPD in Hannover. Mittlerweile haben sich die Betroffenen zu einer Patienteninitiative zusammengeschlossen und gehen gemeinsam gegen die Praktiken des Arztes vor.

Gravert empfiehlt Patienten, die vor einer kostenintensiven Behandlung stehen, sich im Vorfeld umfassend zu informieren: „Gemeinsam mit meinen Kollegen stehe ich Ratsuchenden bei Fragen rund um das Thema Zahnersatz zur Seite. Wichtig ist aber in jedem Fall: Patienten sollten niemals Vereinbarun-

gen bei ihrem Zahnarzt unterschreiben, die sie nicht genau nachvollziehen können. Lieber vorher noch einmal bei uns nachfragen und unklare Punkte klären.“

Unter dem Dach des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. berät Gravert mit zwei Kollegen vor allem zu Patientenrechten, zur Patientenverfügung und zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Interessierte können sich telefonisch unter 0511/7 01 48-73, -81 oder -29 an die UPD wenden oder einen Termin für ein persönliches Gespräch in der Herschelstraße 31 in Hannover vereinbaren. Unter den Telefonnummern 0800/0117723 und 0800/0 11 77 24 bietet die



Immer mehr Menschen entscheiden sich für einen festsitzenden Zahnersatz und müssen mit zusätzlichen Kosten rechnen.

UPD zudem ihre Beratung gebührenfrei aus dem Festnetz auf Türkisch beziehungsweise Russisch an. Die Beratungen sind allesamt kostenlos und unabhängig von einer Mit-

gliedschaft im SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. Weitere Informationen zum UPD-Angebot sind auch im Internet (www.upd-online.de) erhältlich.